

Politik ohne Konzepte? - Eine ökologische Alternative

Unsere Politik ist gelähmt, verflochten in den Ränken der Interessengruppen und offenbar nur sehr bedingt reformfähig. Aber noch schlimmer: Man muss befürchten, selbst wenn all diese Zwänge wegfielen, wüssten unsere Politiker und der Kanzler zuvorderst nicht, was wirklich zu tun ist. Einzelne Maßnahmen werden ergriffen, die sicher auch sinnvoll sind, aber: Ein *konsequenter Leitfaden der Politik*, der uns vom bloßen *Reagieren auf Krisensymptome* zu einem *aktiven Gestalten* von Zukunft bringt, wird nicht überzeugend sichtbar. Unsere Politik ist derzeit zu einem Reparaturennotdienst für Wachstumseinbrüche geworden! Notwendiger denn je sind *Zukunftsvisionen*, um einen kohärenten und gangbaren Weg in die Zukunft zu bestimmen. Eine solche Vision haben wir vor unseren Augen liegen und wollen sie doch nicht wirklich ernst nehmen: Die Farbe der Stunde ist grün! Ökologisches Denken ist ein Konzept, das einen klaren, gangbaren und zukunftsfähigen Leitfaden für die Neugestaltung von Arbeitsmarkt, Finanz- und Gesundheitspolitik anbietet. Ökologische Denkansätze sind in der Regierung vertreten, allerdings nicht wirklich zielbestimmend. Was aber ist ökologisches Denken?

Viele haben die Grünen als eine Partei verstanden, die aus einer konkreten ökologischen Schiefelage heraus geboren wurde, sich auf diese Probleme spezialisiert hat und die deshalb auf die Dauer wieder verschwinden wird. Warum? Weil die Umweltprobleme allgemeine Beachtung finden und die Themen der Grünen daher von den anderen Parteien aufgesogen werden. Die anderen Parteien vertreten demnach beinahe zeitlose Leitprinzipien: Den Liberalismus, die soziale Gerechtigkeit und den Konservatismus. Das sind politische Prinzipien, die den Kreis einzelner Probleme überschreiten und eine politische Gesamtperspektive strukturieren. Aber die Grünen?

In dieser Problemanalyse stecken gravierende Fehler. Ökologisches Denken ist kein auf das Thema Umweltschutz begrenztes Spezialgebiet, sondern ein auf komplexe Systeme ausgerichteter Netzwerkdenken. Es geht um langfristige und nachhaltige Politik, um die globale Gerechtigkeit und die Rechte zukünftiger Generationen. So verstanden wird ökologisches Denken zum *Gestaltungsprinzip für die gesamte Politik*, nicht nur für den Umweltschutz. Man muss dann von nachhaltiger Finanzpolitik sprechen, wenn man zukünftigen Generationen keine Schuldenberge hinterlässt. Man muss die Wirtschaftspolitik insgesamt ökologisch ausrichten, um einen effektiven Umwelt- und Verbraucherschutz zu etablieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ökologisches Denken vereint sogar die anderen Gestaltungsprinzipien der Politik: Es geht um Konservatismus, denn die Lebensgrundlagen (Christen sagen: Die Schöpfung) sollen bewahrt werden. Es geht um

Gerechtigkeit, gerade zwischen den Generationen und den Nationen und es geht um Liberalismus, denn Freiheit wird in Zukunft nur in einer Welt möglich sein, die gerecht ist, sonst versinkt die Welt in Chaos und Terror, der aus den vielen Ungleichheiten erwächst. Das ist schon heute in den USA zu spüren, wo viele Bürgerrechte der Terrorbekämpfung weichen mussten. Es stellt sich heraus: Ökologie und Nachhaltigkeit sind sehr wohl *politische Prinzipien*, die eine politische Gesamtstrategie strukturieren, ja sie sind so sogar umfassender als die herkömmlichen Prinzipien und mit diesen koalitionsfähig, denn es gibt überall Überschneidungen.

So verstandenes ökologisches Denken stellt die derzeit überzeugendste Antwort auf unsere Wirtschaftskrise dar! Während die Politik ideenlos, ja geradezu hilflos von einer Kommission zu nächsten stolpert und ihr zu Recht Visionslosigkeit vorgeworfen werden kann, gibt es einen klar erkennbaren und erfolversprechenden Weg aus der Krise: Der ökologische Gedanken muss konsequent in den einzelnen Politikfeldern durchbuchstabiert werden:

1) Arbeitsmarkt: Neben den sicher sinnvollen Deregulierungsmaßnahmen brauchen wir auch neue Arbeitsplätze. Zu einem Teil sind diese schon entstanden: ca. 120.000 Arbeitsplätze wurden bei den erneuerbaren Energien geschaffen. Aber das Potential ist längst nicht erschöpft. Insbesondere der gebeutelten Bauwirtschaft kann schnell geholfen werden: Die Wärmedämmung von Altbauten ist ein gerade für das mittelständische Handwerk äußerst dankbares Geschäft. Wenn bis 2010 nur 12% der deutschen Altbauten nachgerüstet würden, errechnet das Wuppertaler Institut für Klimaschutz 405.000 neue Arbeitsplätze. Dazu muss die Förderung energisch ausgebaut werden. Ansätze dazu sind vorhanden, insbesondere mit dem neu beschlossenen Investitionsprogramm für die Bauwirtschaft. Aber diesem Programm fehlt noch eine konsequente ökologische Stoßrichtung. Die SPD toleriert einige grüne Ansätze, baut deren Potential aber nicht wirklich energisch aus. Nur ein ökologisch durchdachtes Investitionsprogramm bringt den *wirtschaftlichen Synergieeffekt*, dass die Haushalte durch Wärmedämmung Geld einsparen, das dem Konsum zur Verfügung gestellt wird. Zudem hilft es die Kosten sparen, die langfristig aus einer Klimaveränderung erwachsen, was den Staatshaushalt entlastet. Und was das Wichtigste ist: Diese Politik findet ihre Rechtfertigung nicht allein in momentbedingten Konjunkturdaten, sondern sie ist zukunftsweisend und verantwortungsvoll!

Neben diesen direkten Arbeitsplatzgewinnen ist auf das vielgeschmähte *Erfolgsmodell Ökosteuer* zu verweisen. Ohne Ökosteuer mehr Konjunktur? Ein Vorurteil, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2001 belegte: Das DIW hat bescheinigt, dass diese Steuer Arbeitsplätze schafft (von bis zu 250.000 bis 2010 ist da die Rede), dass sie eine ökologische

Lenkungswirkung hat (Absinken der CO₂-Emissionen um 2-3%) und ausgebaut werden sollte! Das ist das nach wie vor beste Mittel, die Lohnnebenkosten zu senken und so den Arbeitsmarkt zu beleben. Aber auch hier ist Konsequenz gefordert und gerade hier hat man Effekte verwässert, nicht zuletzt weil man den nun beschlossenen Abbau von Vergünstigungen bei der Ökosteuer nicht mehr an die Lohnnebenkosten gekoppelt hat. Man weiß nicht, wovor sich der Kanzler fürchtet: Die Popularität seiner Politik ist sowieso am Boden, er hat jetzt jeden Spielraum, vernünftige Politik zu machen. Aber leider hat man den Eindruck, dass er immer noch nicht genau weiß, worin diese besteht.

2) Finanzpolitik: Der ökologische Ansatz gibt einen klaren Maßstab für die Finanzpolitik her: Nicht neue Schulden machen, die die Generationengerechtigkeit torpedieren, sondern *ökologisch und ökonomisch sinnlose Subventionen streichen*. Allerdings: Subventionen sind nicht per se Gift, wie die Liberalen meinen, sondern als Anschubfinanzierung für neue Technologien, die sich später selbst tragen können, sind sie wichtig! Zu aller erst auf dem Prüfstand: Die Kohlesubventionen. Im Jahr 2005 werden noch ca. 2,8 Milliarden Euro für die Kohle ausgegeben und viele wollen auch über 2010 hinaus den Abbau finanzieren. Diese Subvention ist nicht irgendeine unter vielen, sondern macht den Löwenanteil des Etats des Wirtschaftsministeriums aus. Und dabei hängen vergleichsweise wenig Arbeitsplätze an der Kohle. Ca. 50.000 schätzt man heute. Im Feld der erneuerbaren Energien arbeiten entschieden mehr Menschen und eine Rückführung der Kohle würde diese Energien noch einmal puschen. Jeder weiß, dass hier ein längst nicht mehr konkurrenzfähiger Wirtschaftszweig künstlich ernährt wird. Das ist wider jede ökonomische Vernunft. Ein weiterer Kandidat für ökologisches Sparen: die Landwirtschaftssubventionen, die den Löwenanteil aller Subventionen überhaupt ausmachen. EU-Kommissar Fischler hat hier gerade Ansätze vorgestellt: Nicht mehr die irrsinnige Produktion von Fleisch- und Milchbergen subventionieren, sondern Landschaftspflege und andere sinnvolle Aufgaben. Auch hier steckt ein enormes Sparpotential. Sicher, der Subventionsabbau bringt soziale Härten, die man nach Möglichkeit abfedern muss, aber jedes Verschieben erzeugt in Zukunft nur noch größere Härten. Je schneller und konsequenter man Reformen durchführt, desto kürzer wird die „Schmerzzone“ der Übergangs. Derzeit verlängert die zu zauderhafte Regierungspolitik den Aufenthalt in der Schmerzzone übermäßig.

3) Gesundheitspolitik: Für ökologisches Denken stellt die Gesundheit einen elementaren Wert dar. Wozu sonst jedes Milligramm Schadstoffemission bekämpfen? Also ist für Ökologen nach Reformwegen gesucht, welche *die Gesundheit erhöhen und die Kosten verringern!* Ein Paradox? Mitnichten! Unsere derzeitige Debatte läuft einfach fehl, weil die „Notwendigkeit“

von gesundheitsmindernden Leistungskürzungen unter der Hand bereits akzeptiert wird. Bevor man phantasielos über Leistungskürzungen aller Art im Gesundheitswesen nachdenkt, muss man jedoch versuchen, die im System vorhandenen Potenziale voll zu nutzen. Das wird bislang eindeutig nicht geleistet, wenn ein System so fehlorganisiert ist, dass es z.B. doppelte und dreifache Diagnosen derselben Symptomatik durch verschiedene Ärzte erzwingt und permanent Anreize zur Überdiagnostik mit teuersten Apparaten bietet, die amortisiert werden müssen. Leistungskürzungen sind nur das letzte Mittel einer sozialen Sparpolitik aber derzeit avancieren sie zur ersten Wahl! Der ökologische Ansatzpunkt liegt klar beim Ausbau der Vorsorge: Den Hauptposten der Kosten machen chronisch Kranke aus. Gerade bei diesen Krankheiten und nicht bei Unfällen oder spontanen Erkältungen sind Vorsorgeuntersuchungen besonders angebracht, die das Entstehen von Krankheiten verhindern können. *Wo keine Krankheit, da keine Kosten, so hängen Gesundheitsvermehrung und Kostensenkung, also Ökologie und Sparen zusammen.* Auf diesen Zusammenhang gilt es zu setzen. Konkret: Warum nicht jährliche oder halbjährliche Vorsorgeuntersuchungen einführen und diese mit der Selbstbeteiligung an Krankheitskosten verbinden: Wer nicht zur Untersuchung geht, muss eine höhere Selbstbeteiligung im Krankheitsfall tragen. Je häufiger er die Untersuchung schwänzt, desto mehr muss er bezahlen. Das ist gerecht, einfach und effektiv! Zudem sollte man besondere Risiken wie Rauchen, Alkohol und Extremsportarten noch stärker besteuern oder mit besonderen Versicherungstarifen abdecken. Das würde einen Anreiz für einen gesünderen Lebensstil bedeuten und wiederum Kosten senken. Es wäre auch gerechter, wenn die Solidargemeinschaft nicht für bewusst eingegangene Sonderrisiken einiger Mitglieder zahlen muss. All die Bänderrisse der Wintersaison könnte man schon unbürokratisch und gerecht mit einer Gebühr am Skilift abrechnen. Dass dies den Breitensport und damit die Gesundheitsvorsorge schwächen würde, wie der Kanzler meint, ist wenig wahrscheinlich, zumal wenn man sich auf besonders verletzungsträchtige Sportarten beschränkt.

Der ökologische Weg ist der vernünftigste und kohärenteste Ausweg aus unserer Krise, *denn er verschiebt die Probleme nicht, sondern löst sie auf!* Es entstehen zukunftsfähige Langzeitarbeitsplätze und nicht neoliberale Niedriglohnphantasmen. Es ist Schluss mit der Subventions-Intensivmedizin für moribunde Wirtschaftszweige. Vielmehr werden Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien gefördert, die zum Exportschlager werden können und Deutschland zum High-Tech-Standort der Zukunft machen. Es wird nicht nur an einigen Leistungen der Krankenversicherung gespart, um dann in ein paar Jahren die nächsten Leistungen zu streichen. Vielmehr greift die Therapie an den Ursachen: Kranke

werden vermieden. In einer gesunderen Gesellschaft muss sich das Gesundheitswesen nicht über die Jahre hinweg zu Tode sparen. Durch diese Beispiele wird ein langfristiger Weg angedeutet, der aktive Gestaltung der Politik nach transparenten Maßstäben ermöglicht und der über die vorherrschende Reparaturdienstmentalität hinausweist. Zudem sind unsere momentanen Konjunkturprobleme und die langfristigen Interessen zukünftiger Generationen auf diese Weise sinnvoll miteinander verkoppelt. Daher ist dies der einzige Weg, Probleme zu lösen, statt sie nur zwischen zu lagern. Konzepte für die Politik stehen also bereit, es bedarf nun entschlossenen Handelns!